

Sessionsrückblick 1. Woche Frühlingsession 2017



Noch keine Einigung beim Stabilisierungsprogramm

Die Eidgenössischen Räte konnten sich beim Stabilisierungsprogramm noch nicht einigen. Der Nationalrat hielt an am Montag der ersten Sessionswoche an seinen früheren Beschlüssen fest. Nur bei den Kürzungen für die Regionalpolitik lenkte der Rat ein und verzichtete auf zusätzliche Sparmassnahmen.

Das Stabilisierungsprogramm enthält Sparmassnahmen für die kommenden zwei Jahre. Der Nationalrat will insgesamt weniger sparen als der Bundesrat, aber mehr als der Ständerat. Umstritten sind vor allem Sparmassnahmen beim Bundespersonal. Geht es nach dem Nationalrat, soll die Bundesverwaltung im Eigenbereich 2018 gegenüber dem Finanzplan 243,4 Mio CHF sparen und 2019 249,8 Mio. Das sind je 100 Mio mehr als der Ständerat.

In anderen Punkten hatten sich die Räte schon früher geeinigt. So beschlossen sie, die Landwirtschaft und die Bildung zu schonen. Die Vorlage geht nun zurück an den Ständerat.

Übermässige administrative Belastung bei Geschäftsfahrzeuginhabern

Mit einer Motion will CVP-Ständerat Erich Ettlín den Bundesrat beauftragen, die Eidgenössische Steuerverwaltung anzuweisen, die ab 2016 vorgesehene Verwaltungspraxis, welche zu einer zusätzlichen Einkommensbesteuerung Unselbstständigerwerbender mit einem Geschäftsfahrzeug führt, nicht umzusetzen, da sie zu einem enormen Verwaltungsaufwand und einer neuen Steuerbelastung führt.

Ab 2016 sollte bei Benützern von Geschäftsfahrzeugen der Arbeitsweg steuerlich erfasst und in der Differenz zwischen Arbeitsweg und der Pendlerpauschale von CHF 3'000 beim Bund als Einkommen aufgerechnet werden. Dies als Konsequenz zur Begrenzung des Arbeitswegabzuges bei den Steuerpflichtigen ohne Geschäftsfahrzeug.

Nach dem Ständerat folgte auch der Nationalrat diesem Anliegen. Mit einer Umsetzung ist gemäss Bundesrat Ueli Maurer in den kommenden vier Jahren zu rechnen.

Altersreform 2020 - Differenzbereinigung

Am Dienstagmorgen befasste sich der Nationalrat wieder mit der Altersreform 2020, welche die Finanzierung der ersten und zweiten Säule der Altersvorsorge sicherstellen soll, da die Altersvorsorge aufgrund der längeren Lebenserwartung von Herr und Frau Schweizer massiv in Gefahr ist. Ohne entsprechende Gegenmassnahmen droht der AHV ab dem Jahr 2030 nämlich eine Finanzierungslücke von 8,9 Milliarden Franken pro Jahr! Entsprechende Massnahmen zur Sicherung der Altersvorsorge sind deshalb gefordert. Was die Lösung des Problems anbelangt, so liegen sich die beiden Räte in den Haaren.

In beiden Räten unbestritten war die Erhöhung des Rentenalters für Frauen auf 65 sowie die Senkung des Mindestumwandlungssatzes zur Berechnung der Leistungen der Pensionskassen von 6,8 auf 6,0 Prozent. Letzteres hätte bspw. zur Folge, dass statt einer Rente von 6'800 Franken pro 100'000 Franken Sparkapital nur noch 6000 Franken pro Jahr ausbezahlt würden. Zur Kompensation dieses Rentenausfalls wollte der Ständerat sämtlichen neuen Rentnern einen Zuschlag von 70 Franken pro Monat bei der AHV gewähren.



Der Nationalrat hat sich hingegen gegen den Zustupf für Neurentner ausgesprochen, da dieser Ausbau der Rentenleistung Mehrkosten von 1,370 Milliarden Franken betragen und eine Ungleichbehandlung sondergleichen geschaffen würde. Eine Ungleichbehandlung deshalb, weil nur Neurentner betroffen wären. Damit bleibt diese Differenz vorläufig bestehen. Die strittigsten Punkte der Differenzbereinigung im Überblick:

- Der Nationalrat bleibt hart: Es soll keinen 70 Franken-Zuschlag zur AHV geben. Dies bleibt der grosse Streitpunkt zwischen den beiden Kammern.
- Auch bei den Witwen- und Kinderrenten hält die grosse Kammer an ihren Sparplänen fest.
- Lediglich beim Anteil der Bundesgelder an der AHV folgt der Nationalrat dem Ständerat und belässt diesen bei 19,55 Prozent. Die SVP hatte für eine Erhöhung auf 20 Prozent plädiert.
- Sollte die AHV defizitär werden, will der Nationalrat zudem, dass das Rentenalter automatisch erhöht wird – bis maximal auf 67 Jahre. Der Ständerat lehnt dies ab.

Der sogenannte Interventionsmechanismus sieht im Übrigen wie folgt aus und kommt, nicht wie immer gemeint, automatisch zur Anwendung:

Sobald der Ausgleichsfonds unter 100 Prozent einer Jahresausgabe zu sinken droht, muss der Bundesrat dem Parlament Korrekturmassnahmen vorschlagen. Falls der politische Eingriff versagt bzw. das Parlament keine geeigneten Korrekturen anwenden wird und der Fonds unter 80 Prozent fällt, wird das Rentenalter automatisch, aber schrittweise auf 67 Jahre erhöht. Parallel dazu wird die Mehrwertsteuer um 0,4 Prozentpunkte angehoben.

Diese Massnahmen sind voraussichtlich aber erst ab dem Jahre 2033 nötig und kommen eben erst dann zur Anwendung, wenn die Politik ausser Stande ist, entsprechende Korrekturmassnahmen zu ergreifen.

Und wichtig: Geht es nach dem Willen des Nationalrats, soll dieser wichtige, aber sehr umstrittene Punkt in eine separate Vorlage ausgelagert werden. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger werden sich also aller Voraussicht nach zu diesem Punkt äussern können.

Geldspielgesetz – Nationalrat führt Internet-Zensur ein

Nach längerer Debatte beging der Nationalrat am Mittwoch der 1. Sessionswoche einen Tabubruch mit weitgehenden Folgen. Nach dem Ständerat hat sich der Nationalrat sehr deutlich dafür ausgesprochen, dass die Geldspiel-Seiten von ausländischen Anbietern in der Schweiz künftig nicht mehr abrufbar sein sollen. Dabei ging es um ein Milliardengeschäft. Auch Bundesrätin Sommaruga erklärte, dass es um viel Geld geht. Im Jahr 2015 setzten die Schweizer Lotterien und Wetten 2,75 Milliarden Franken um, wovon 1,86 Milliarden Franken in Form von Gewinnen wieder an die Spieler zurückflossen. Die Differenz bildet den Bruttospielertrag. Die Kantone und der Bund profitieren massiv - einerseits von den Steuereinnahmen und andererseits von den Abgaben, welche die Casinos abliefern müssen. 273 Millionen Franken aus Kasino-Gewinnen kamen 2015 der AHV zugute. Die Kantone erhalten ebenfalls einen Teil der Spielbankenabgabe sowie jährlich rund 600 Millionen Franken aus Lotterien und Sportwetten für Kultur- und Sportförderung. Entsprechend gross war im Vorfeld deshalb das Lobbying seitens der Casinobranche und der Regierungsvertreter.



Mit den nun beschlossenen Netzsperrungen begibt das Parlament aber effektiv einen Tabubruch. Es ist davon auszugehen, dass andere Branchen nun ebenfalls Schutz vor ausländischer Konkurrenz verlangen.

So könnte der Detailhandel die Sperre von zalando.ch verlangen, die Taxi-Branche Uber, die Hoteliers Airbnb. Die Netzsperrung, die nun beschlossen wurde, erinnert ebenfalls sehr stark an Länder, welche die Internet-Zensur schon längst eingeführt haben: China, Nordkorea, Iran etc. Ausserdem sind Netzsperrungen ein untaugliches Mittel, um spielsüchtige Personen zu schützen.

Diese werden nämlich das ihnen bekannte ausländische Angebot aus reiner Gewohnheit weiterhin nutzen, in dem sie auf einfache Art und Weise die Netzsperrungen umgehen werden. Mit entsprechenden Browsern bzw. Browsereinstellungen ist das eine Leichtigkeit.

Klimaabkommen mit Paris

Der Nationalrat will, dass die Schweiz das Pariser Klimaübereinkommen ratifiziert, welches die internationale Klimapolitik nach 2020 festlegt. Das im Dezember 2015 von der Staatengemeinschaft genehmigte Übereinkommen hat zum Ziel, den durchschnittlich weltweiten Temperaturanstieg gegenüber der vorindustriellen Zeit auf deutlich unter 2°C zu begrenzen und weiterhin alle notwendigen Schritte zu unternehmen, damit die Erwärmung 1.5°C nicht übersteigt. Die Schweiz verpflichtet sich damit, bis 2030 ihre Treibhausgasemission gegenüber 1990 um 50% zu senken. Ein Antrag von SVP- und FDP-Vertretern für 40 Prozent wurde mit 104 zu 87 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Über die Massnahmen wird das Parlament erst später, d.h. im Rahmen einer Revision des CO₂-Gesetzes, beraten. Somit werden die Folgekosten (schätzungsweise mehrere hundert Millionen Franken) erst zu einem späteren Zeitpunkt bekannt sein.

Alle fünf Jahre müssen die Mitgliedsländer übrigens ein neues Ziel für Emissionsreduktionen formulieren, welches ambitionierter ist als das vorangehende, und Massnahmen ergreifen.

Weitere Geschäfte

Behandelt wurden auch mehrere parlamentarische Initiativen: So sollen Medienschaffende künftig Auskunft über die Reisetätigkeit von Parlamentsmitgliedern auf Kosten der Steuerzahler erhalten. Der Nationalrat hat eine entsprechende Forderung von SVP-Nationalrat Heer gutgeheissen. Ebenfalls angenommen wurde ein Vorstoss von SVP-Nationalrätin Geissbühler, welcher verlangt, dass auch im Ständerat alle Abstimmungsresultate in Form einer Namensliste veröffentlicht werden.

Bern, im März 2017
David Zuberbühler